

Erschienen in: Jan van Deth, Hans Rattinger, Edeltraud Roller (Hrsg.), Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit, Opladen: Leske und Budrich, 2000, 199-226.

Den Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich

Harald Schoen

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

1. Einleitung

1998 hat erstmals eine Bundestagswahl einen Machtwechsel erzwungen: Die christlich-liberale Koalition büßte ihre Mehrheit ein, und ein rot-grünes Bündnis konnte die Mandatsmehrheit erringen. Damit ein Wählervotum derart tiefgreifende Verschiebungen hervorbringen kann, müssen, sieht man von Veränderungen des Elektorats ab, zahlreiche Stimmbürger zwischen 1994 und 1998 ihre Parteipräferenz geändert haben. Kurz, es liegt der Verdacht auf umfangreiche Wählerbewegungen nahe. Diese lassen sich jedoch nicht nur rein funktional als Voraussetzung für einen Machtwechsel betrachten, sondern mancherorts gilt der Anteil der Wechselwähler als Indikator für den Zustand des gesamten politischen Systems. So sieht etwa Klingemann (1985: 253) in einer zunehmenden Beweglichkeit der Stimmbürger einen Schritt hin zu einer offeneren, partizipativeren und individualistischeren Politik. Ganz anders Stöss (1997: 17) mit seiner Einschätzung, ein Übermaß an Wählerbewegungen gefährde – zumindest in der langen Frist – die Stabilität des politischen Systems.

Wird dem Anteil der Wechselwähler eine solche zentrale Bedeutung zugemessen, liegt auf der Hand, daß der Messung der Wechslerate um so größere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. In der Umfrageforschung finden in der Regel zwei Instrumente Anwendung, um die Wechselwahl zu erfassen. Einerseits kann mit Hilfe von Panelbefragungen operiert werden, andererseits kann zu einem Zeitpunkt sowohl vergangenes als auch aktuelles Wahlverhalten erhoben werden. Eingehende Analysen der Wechselwahl in Deutschland verwendeten bisher beinahe ausschließlich die in Querschnittsbefragungen enthaltene Recallfrage (siehe z.B. Kaase 1965, 1967; Klingemann/Pappi 1970; Klingemann 1985; Kort-Krieger 1994; Zelle 1994, 1995a, 1995b, 1998). Jedoch wurde wiederholt angezweifelt, ob diese Technik geeignet sei, die Wechselwahl korrekt zu erfassen (vgl. z.B. Baur 1976; Juhasz 1993; Zelle 1995: 100). Diese Skepsis wurzelt in der Vermutung,

viele Bürger seien nur schwach am politischen Geschehen interessiert und deshalb kaum in der Lage, sich vergangenen Wahlverhaltens zu erinnern (vgl. z.B. Converse 1962: 580; Jung 1991: 213).

Auch wenn diese Überlegungen plausibel erscheinen, so liegt in der Bundesrepublik bisher keine detaillierte Untersuchung zur Erfassung von Wechselwählern mit Hilfe von Recall und Panel sowie den Ursachen für etwaige Differenzen zwischen beiden Erhebungsvarianten vor.¹ Diese Forschungslücke wollen wir mit diesem Beitrag zu schließen helfen. Als Datengrundlage dient uns dabei die Wiederholungsbefragung im Rahmen des DFG-Projekts „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, deren erste Welle zur Bundestagswahl 1994 durchgeführt wurde, während die zweite zur Bundestagswahl 1998 stattfand.² Folglich bieten diese Daten eine geeignete empirische Basis für die Analyse der Wechselwahl zwischen den beiden die 13. Wahlperiode umspannenden Urnengängen. In unsere Auswertungen haben wir dabei nicht sämtliche Panelteilnehmer einbezogen, sondern nur diejenigen, die zu beiden Zeitpunkten ein Votum für eine Partei angegeben haben³, was

¹ Baur (1976: 287-293) liefert zwar einige Empiriesplitter, schöpft das Potential, das die Daten bieten, jedoch nicht aus.

² Projektnehmer sind Prof. Dr. Jürgen W. Falter, Prof. Dr. Oscar W. Gabriel, Prof. Dr. Hans Rattinger und (nur 1994) Prof. Dr. Karl Schmitt. Die Daten wurden in der Zeit vom 28.8.1999 bis zum 5.12.1999 erhoben. Befürchtungen, dieser weitgesteckte Befragungszeitraum könnte die Ergebnisse unserer Untersuchung beeinträchtigen, lassen sich zum einen dadurch zerstreuen, daß getrennte Analysen der vor und nach der Wahl Befragten im Kern gleiche Ergebnisse erbringen. Zum anderen läßt sich anhand der Forsa-Tagesbefragungen zeigen, daß innerhalb des entsprechenden Intervalls der Anteil der mittels Recall gemessenen Wechselbereitschaft in West- und Ostdeutschland beinahe vollkommen stabil ist.

³ Von den vor der Bundestagswahl 1998 Befragten haben wir nur jene einbezogen, die angaben, bestimmt oder wahrscheinlich an dem Urnengang teilnehmen werden.

darin begründet liegt, daß wir nur Parteiwechsler⁴ untersuchen wollen. Ferner haben wir die Respondenten ausgeschlossen, die nicht sowohl auf die Recallfrage als auch auf die Frage zur jeweils aktuellen Wahlentscheidung Auskunft gegeben haben. Überdies haben wir nur jene Befragten einbezogen, die entweder 1994 und 1998 vor der Wahl oder in beiden Fällen nach dem Urnengang um eine Angabe gebeten worden sind. Diese Einschränkungen, die um der Vergleichbarkeit willen vorgenommen werden, führen zu leichten Abweichungen von den Ergebnissen, die auf der Basis sämtlicher Respondenten resultierten, lassen die Befunde jedoch substantiell unberührt.

Die weiteren Ausführungen zerfallen in drei große Blöcke. Im folgenden zweiten Abschnitt werden wir im Anschluß an theoretische Überlegungen zur Güte der Erfassung von Wechselwählern mit der Recall- und der Paneltechnik die Wechselwahl 1998 anhand dieser beiden Instrumente analysieren. Im dritten Abschnitt werden wir uns mit der Häufigkeit und der Struktur von Falschangaben im Recall befassen, ehe im vierten Kapitel unser Interesse den Bestimmungsgründen der Korrektheit von Recallangaben gelten wird. Im Schlußabschnitt werden wir schließlich die zentralen Befunde zusammenfassen und daraus Schlußfolgerungen für Politik und Forschung ableiten.

2. Wer wechselt wie? - Wählerbewegungen zwischen 1994 und 1998 in Recall und Panel

2.1 Theoretischer Rahmen

Die Politikwissenschaft kennt mehrere Instrumente, auf der Individualebene zwischen zwei Urnengängen wechselndes Wahlverhalten zu erfassen. Sieht man von der direkten Frage nach etwaigen Wechseln im Wahlverhalten ab (siehe Zelle 1995: 99), stehen zwei Erhebungstechniken zur Verfügung. Sehr häufig werden Wechselwähler ermittelt, indem man vergleicht, welcher Partei ein Befragter bei einer unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahl seine Stimme geben will und welche Gruppierung er auf die Frage nach

⁴ Für eine ausführliche Typologisierung der möglichen Muster aus dem Verhalten bei zwei aufeinanderfolgenden Urnengängen siehe Stöss (1997: 34-40).

dem Stimmverhalten beim vier Jahre zurückliegenden Urnengang nennt. Alternativ zu dieser sogenannten Rückerinnerungsfrage bietet sich die Paneltechnik an. Hier werden dieselben Probanden zum Zeitpunkt der ersten wie der zweiten Wahl nach ihrer aktuellen Stimmentscheidung befragt. Da eine Wiederholungsbefragung mit erheblich höherem Aufwand verbunden ist, erklärt sich die größere Verbreitung der Recallerhebung beinahe von selbst. Doch inwieweit sind beide Techniken geeignet, Wechselwähler korrekt zu erfassen?

Obgleich als "Königsweg der praktischen Sozialforschung"(König 1969: 27) gerühmt, ist das Interview weit davon entfernt, ein exaktes Bild von Haltungen und Handlungen der Bevölkerung zu skizzieren. Sieht man von Stichprobenproblemen ab, so liegt der Hauptgrund für dieses Defizit in dem unausweichlichen Problem, daß die Auskünfte der Respondenten nicht notwendigerweise deren tatsächliche Verhaltensweisen und Einstellungen exakt widerspiegeln. Besonders problematisch erscheint in diesem Zusammenhang die Tendenz zu als sozial erwünscht wahrgenommenen Reaktionen, die bei der Erhebung von Wahlverhalten dreierlei Effekte zeitigen kann. Erstens läßt sich darauf die durchweg festzustellende Überschätzung der Wahlbeteiligung anhand von Umfragedaten zurückführen (vgl. z.B. Traugott/Katosh 1979; Katosh/Traugott 1981; Abramson/Aldrich 1982: 503). Zweitens verdankt sich die systematische Unterschätzung der Stimmanteile stigmatisierter Parteien diesem Mechanismus. Und drittens fällt der *bandwagon*-Effekt (vgl. Simon 1957; Cahalan 1968: 611), der mehr Befragte dazu bewegt, sich zur Wahl eines siegreichen Bewerbers zu bekennen, als sich an der Wahlurne tatsächlich für diesen entscheiden, in diese Kategorie. Als wesentliche Ursache für das Wirken der sozialen Erwünschtheit darf in allen drei Fällen gelten, daß Politik für viele Bürger zu unwichtig ist, als daß sie sich darüber ausgiebig informierten und festgefügte Meinungen bildeten. Nach Einschätzungen zu solchen Themen gefragt, bekennt sich ein Befragter, bestrebt, ein „guter“ Respondent zu sein, nun nicht zu seinem Nichtwissen, sondern füllt seine Erinnerungs- und Wissenslücken, indem er sozial reputierliche Antworten gibt (vgl. z.B. Schuman/Presser 1981: 147-160), was neben den oben angesprochenen Tendenzen die bekannten *non-attitudes* (Converse 1970) hervorbringt.

Da beide Techniken zur Erhebung der Wechselwahl grundsätzlich gleichermaßen mit diesen Problemen behaftet sind, lassen sich aus dieser Diskussion keine Erwartungen zur relativen Eignung von Rückerinnerungsfrage und Wiederholungsbefragung zur Erfassung von Wechselwählern gewinnen. Dies erlaubt erst eine Analyse wesentlicher Unterschiede beider Verfahren. Diese liegen einerseits in der zeitlichen Entfernung zum erfragten Wahlverhalten, andererseits in der Fragenkonstellation. In der Wiederholungserhebung werden dieselben Personen jeweils zum Zeitpunkt eines Urnengangs nach ihrem aktuellen Wahlverhalten befragt. Im Gegensatz zu dieser zeitnahen Erhebung wird mit der konkurrierenden Technik simultan nach dem aktuellen und dem vier Jahre zurückliegenden Stimmverhalten gefragt. Da mit der zeitlichen Entfernung zum erfragten Verhalten das Erinnerungsvermögen schwinden dürfte, sollten sich im Recall deutlich mehr Falschangaben finden als in Angaben zu aktuellem Stimmverhalten (vgl. Cahalan 1968: 609-610; Himmelweit/Jaeger/Stockdale 1978: 367-369; auf das gleiche Argument gestützt, aber mit abweichenden empirischen Befunden: Gutek 1978: 391; Ferber/Birnbaum 1979). Da sich in der Bundesrepublik Angaben zum manifesten Wahlverhalten auf der Individualebene nicht anderweitig überprüfen und korrigieren lassen (siehe Gutek 1978: 390), behandeln wir die Auskünfte zum aktuellen Wahlverhalten 1994 und 1998 – also die Angaben aus beiden Panelwellen – als die tatsächlichen Voten, an denen sich die Recalldaten zur Wahl 1994 messen lassen müssen.

Jedoch sollte man sich der Probleme bewußt sein, mit denen die Paneldaten behaftet sein können. Neben den eingangs angeführten allgemeinen Umfrageschwierigkeiten sind panelspezifische Probleme in Rechnung zu stellen. Erstens könnten sich Befragte ihrer Angaben aus der vorhergehenden Erhebungswelle erinnern und ihre aktuellen Auskünfte daran ausrichten, indem sie bewußt ihre Antworten wiederholen oder zwischen beiden Angaben gezielt einen Kontrast erzeugen (siehe etwa Powers/Goudy/Keith 1978: 381). Im Falle des vorliegenden, eine Legislaturperiode umspannenden Befragungszeitraums dürfte dieses Problem jedoch weniger ins Gewicht fallen (vgl. Hanefeld 1987: 140) als ein zweites, die Panelmortalität (siehe etwa Baur 1976: 285; Kalton/Kasprzyk/McMillen 1989: 250-254; O’Muircheartaigh 1989: 275-276). Empirisch vermag dieser Einwand unsere Analysen jedoch nicht zu erschüttern. Denn in Ost- wie in Westdeutschland unterscheiden

sich die sowohl 1994 und 1998 Befragten im Hinblick auf die Wechselrate zwischen 1990 und 1994 nicht von den aus dem Panel ausgeschiedenen Probanden⁵, so daß unsere Analyse die Wechselfreudigkeit nicht überzeichnet.⁶

Der zweite zentrale Unterschied zwischen Panel- und Recallerhebung liegt in der Konstellation der Fragen. Im Falle des Panels werden die Voten bei zwei Wahlen zeitlich separiert, in der konkurrierenden Herangehensweise hingegen in ein und demselben Interview erfragt. Die Simultanität der Erhebung von gegenwärtigem und vier Jahre zurückliegendem Wahlverhalten eröffnet den Respondenten eine zusätzliche Option,

⁵ Wie in vielen Wiederholungsbefragungen sind die im Panel verbliebenen Respondenten tendenziell formal höher gebildet, politisch interessierter und informierter als die ausgeschiedenen Befragten.

⁶ Weiterhin ist an zwei wechselwahlspezifische Effekte zu denken. Erstens könnte eine Gruppierung zwischen zwei Urnengängen dem Ruch extremistischer Gesinnung entkommen, so daß deren Anhänger nun keinen Anlaß mehr hätten, ihr Stimmverhalten zu verbergen. Sofern sie dies vorher taten, erschiene im Panel ein Parteiwechsel, obgleich in der Realität keiner vonstatten gegangen ist. Dagegen würde der Recall wohl das gleiche Votum enthalten wie die aktuelle Wahlabsicht und mit dem stabilen Wahlverhalten die Realität besser abbilden als das Panel. Zweitens könnte das *bandwagon*-Argument die Panelauskünfte verfälschen. Denn sollte ein Befragter in beiden Erhebungswellen tatsächlich für dieselbe Partei stimmen, aber in einem Falle gäbe er, einem *bandwagon*-Effekt zugunsten einer anderen Partei folgend, eine andere Entscheidung zu Protokoll, so würde das Panel die Wechselaktivität überschätzen. Wird, diese Konstellation unterstellt, die Recallfrage verwendet, um zurückliegendes Wahlverhalten zu erfassen, sind entweder beide Voten oder keines vom *bandwagon*-Effekt betroffen, so daß die Wechselneigung korrekt widerspiegelt würde – wenn auch nicht notwendig in der richtigen parteipolitischen Couleur. Ergo können Fälle auftreten, in denen der Recall die Realität besser abbildet als die Paneltechnik, allerdings haben wir keine Möglichkeit, diese Fälle zu identifizieren (vgl. van der Eijk/Niemöller 1979: 299-301).

etwaige Erinnerungslücken zu schließen und substantielle Antworten zu generieren, indem sie ihr früheres Votum aus ihrer gegenwärtigen Präferenz ableiten.

Dahinter können sich verschiedene Motive verbergen. Erstens kann der Befragte davon ausgehen, wenn er gegenwärtig für eine bestimmte Partei stimmen wolle, sei es sehr wahrscheinlich, daß er auch vor vier Jahren dieses Angebot gewählt habe. Dabei werden beide Angaben als prinzipiell unabhängig betrachtet, jedoch dient eine als Hilfsgröße, um die andere zu ermitteln (vgl. Cahalan 1968: 611). Zweitens kann ein Respondent beide Fragen miteinander verknüpft sehen und die Übereinstimmung zwischen beiden Angaben ganz bewußt anstreben. In diesem Falle gilt das stabile Wahlverhalten als sozial erwünschtes Handlungsmuster, das der Proband erreichen kann, indem er für die zurückliegende Wahl die gleiche Partei angibt wie für den aktuellen Urnengang (vgl. Cahalan 1968: 609-610; Himmelweit/Jaeger/Stockdale 1978: 369, 373; Juhasz 1993: 28; Stöss 1997: 41). Oder ein Proband, so wird argumentiert, empfinde ob divergierender Auskünfte auf die Rückerinnerungs- und Wahlabsichtsfrage eine Dissonanz (vgl. Festinger 1966), die eine Anpassung des Recall an die gegenwärtige Parteipräferenz abbauen könne (vgl. Converse 1962: 580; siehe Baur 1976: 283). Die Konsequenzen dieser vielgestaltig begründeten Neigung, die Vergangenheit im Einklang mit gegenwärtigen Einstellungen zu rekonstruieren (vgl. Cahalan 1968: 609-610; Reiter 1980: 388), die Juhasz (1993: 49) zu der Einschätzung veranlaßte, beim Recall handle es sich partiell um ein zusätzliches Instrument zur Erfassung aktueller politischer Präferenzen, liegen auf der Hand: Im Recall sollte die Wechselrate systematisch unter jener im Panel liegen (siehe etwa Berger/Gibowski/Roth/Schulte 1983: 52; Kort-Krieger 1994: 22-23).

Neben dieser Generalhypothese, die für die Aggregatbetrachtung wie auch die Analyse der Wählerbewegungen zwischen einzelnen Parteien zutreffen sollte, läßt sich eine zweite Vermutung anstellen. Geht man mit der Literatur von einer überragenden Bedeutung der Harmonisierungstendenz aus, sollten jene Wählerbewegungen mit der Rückerinnerungsfrage kaum unterschätzt werden, die den Respondenten wenig dramatisch erscheinen. Hingegen dürften vor allem jene Verschiebungen zwischen den Parteien unter der Konsistenzneigung zu leiden haben, die es den Befragten abverlangen, eine hohe

Hürde zu überwinden. Beispielsweise sollten Bewegungen zwischen zwei Koalitionspartnern auch mit dem Recall gut erfaßt werden, während Wechsel, die die Überquerung der Grenze zwischen Regierung und Opposition beinhalten, deutlich unterschätzt werden.

2.2 Empirische Befunde

Die Frage nach der Fluktuation der Wählerschaft werden wir aus vier Perspektiven beleuchten. Erstens werden wir den gesamten Wähleraustausch zwischen 1994 und 1998 betrachten. Ferner gilt unser Interesse der politischen Verteilung der Wechselwahl. Dabei werden wir zum einen politische Lager in den Blick nehmen, zum anderen für einzelne Parteien fragen, inwieweit sie in der Lage waren, ihre Wähler bei der Stange zu halten und neue hinzuzugewinnen.⁷

⁷ Ein generelles Problem der Analyse von Wählerbewegungen anhand von Umfragedaten kann hier lediglich angesprochen, aber nicht gelöst werden. Die Stimmenanteile, die die Erhebungen bei den beiden aufeinanderfolgenden Urnengängen für die einzelnen Parteien berichten, spiegeln in aller Regel nicht die tatsächlichen Stärkeverhältnisse in der Wählerschaft exakt wider. Dies hat Konsequenzen für die Abschätzung der gesamten Wählerbewegungen, da die Wähler der diversen Gruppierungen mit ihren je spezifischen Wechselneigungen mit einer anderen als der wahren Gewichtung in die Gesamtfluktuationsrate eingehen, was zu Fehlschätzungen führen kann. Nicht weniger problematisch sind jedoch Auswertungen, die die Parteitreu der Wähler einzelner Gruppierungen in den Blick nehmen. Denn in der Regel lassen sich die beiden Randverteilungen nicht mittels der Übergangswahrscheinlichkeiten ineinander überführen, was in ein Dilemma mündet. Da sich dieses für Wählerwanderungsbilanzen charakteristische Problem prinzipiell nicht lösen läßt (vgl. hierzu etwa Hoschka/Schunck 1975; Küchler 1983; Laemmerhold 1983; Gehring 1994), haben wir uns dafür entschieden, die ursprünglichen Übergangsmatrizen zu verwenden und bei den darauf gestützten Analysen die damit verbundenen möglichen Verzerrungen in Kauf zu nehmen.

2.2.1 Die Gesamtwechselrate

Tabelle 1 gibt Aufschluß darüber, wieviele Wähler im Recall und im Panel sich zur Wechselwahl bekannt haben. Ins Auge fällt dabei eine innerdeutsche Wechselkluft. Sowohl die recall- als auch die panelgenerierten Daten weisen für die neuen Bundesländer eine um mehr als zehn Prozentpunkte höhere Wechselquote als für die ursprüngliche Bundesrepublik aus. Dies bestätigt Erwartungen, in Ostdeutschland seien die politischen Loyalitäten nicht derart festgefügt wie in den alten Bundesländern, weshalb sprunghafte Verschiebungen im Wahlverhalten deutlich wahrscheinlicher seien (vgl. etwa Gabriel 1997; Falter/Schoen 1999).

- Tabelle 1 etwa hier -

Wenden wir uns der methodischen Frage zu, findet unsere Vermutung eindrucksvoll ihre empirische Bestätigung: Die im Panel ermittelte Wechselrate liegt in beiden Landesteilen deutlich über der recallgestützten Quote. In den neuen Ländern werden aus knapp einem Drittel mehr als 40 Prozent Parteiwechsler, und in den alten Ländern steigt die Wechselrate um 50 Prozent von etwa 20 auf rund 30 Prozent. Damit können die theoretisch fundierten Bedenken gegen den Einsatz der Rückerinnerungsfrage zur Erfassung der Wechselwahl als empirisch untermauert gelten. Aus der Abweichung zwischen beiden Methoden von jeweils rund zehn Prozentpunkten läßt sich schließen, daß die vorliegenden Befunde zu früheren Urnengängen die Wechselaktivität markant unterschätzt haben, jedoch kann daraus nicht das exakte Ausmaß der Fehleinschätzungen abgeleitet werden.

2.2.2 Wechsel zwischen politischen Lagern

Politisch brisanter als die Gesamtwechselrate erscheint, wie sich die Wechsler auf die verschiedenen Parteilager verteilen. Denn mit guten Gründen läßt sich argumentieren, daß

sich ein Wechsel zwischen zwei Regierungsparteien qualitativ von einem Überlaufen von einer Regierungs- zu einer Oppositionspartei unterscheidet, und zwar insofern, als eine Wanderung innerhalb eines Lagers die bestehende Konstellation stabilisiert, während ein Interlagerwechsel einen Machtwechsel begünstigt (vgl. z.B. Finkel/Schrott 1994: 12-13; Zelle 1994: 57-58; Stöss 1997: 86-88)⁸.

Folgt man den Recall-Daten, fügt sich die Bundestagswahl 1998 beinahe perfekt in die Reihe von Befunden zu früheren Urnengängen, die dieser Form des Wechsels eine geringe Bedeutung zuschreiben (vgl. Zelle 1998: 230-232).⁹ Denn in den alten Bundesländern finden sich lediglich acht Prozent Wechsler über Lagergrenzen hinweg, was etwa 40 Prozent aller Parteiwechsel ausmacht. In den neuen Ländern haben immerhin knapp 14 Prozent die politischen Fronten gewechselt, also etwas mehr als 40 Prozent aller Wechsler. Auch eine weitere Aufschlüsselung dieser Form der Wechselwahl bringt sehr ähnliche Strukturen an den Tag: Der Wechsel von einer Regierungs- zu einer Oppositionspartei kommt etwa zehnmal so häufig vor wie die entgegengesetzte Bewegung. Ein wesentlicher Unterschied findet sich in der Bedeutung der übrigen Formen der Wechselwahl. Die lagerinternen Verschiebungen, die in der ursprünglichen Bundesrepublik die Modalkategorie bilden, spielen in den neuen Ländern nur eine marginale Rolle, während hier die Residualkategorie von großer Bedeutung ist.

Inwieweit spiegelt diese Darstellung die tatsächlichen Verschiebungen wider? Wenden wir uns zunächst den lagerinternen Wanderungen zu, fällt – insbesondere in den alten Bundesländern – die beinahe perfekte Übereinstimmung der absoluten Anteilswerte wie

⁸ Stöss (1997: 88) entwertet seine Argumentation, indem er in der Analyse nicht Regierungs- und Oppositionsparteien, sondern ein „bürgerliches“ aus CDU/CSU, FDP und REP sowie ein „linkes“ Lager aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der PDS gegenüberstellt, also den parlamentarischen Status durch ideologische Kriterien ersetzt.

⁹ Die Analysen von Stöss (1997: 87) vermitteln prima facie einen etwas anderen Eindruck, jedoch erlaubt die Stösssche Kategorisierung keinen direkten Vergleich mit den Befunden Zelles wie auch unseren Auswertungen.

der internen Struktur in beiden Erhebungstechniken ins Auge. In bezug auf die quantitative Bedeutung dieser Sorte von Verschiebungen unter allen Wechsellmustern heißt dies, daß sie im Recall deutlich überschätzt wird. Folglich wird nicht nur die Stabilität des Wahlverhaltens insgesamt überschätzt, sondern innerhalb des konstatierten Wechsels werden überdies die Verschiebungen, die politisch den *status quo* stützen, übertrieben. Der Recall verzerrt also auf zweierlei Weise in Richtung Stabilität.

- Tabelle 2 etwa hier -

Im Hinblick auf die politisch interessanteste Bewegung, jene zwischen den parlamentarischen Lagern, finden sich sehr aufschlußreiche Unterschiede zwischen beiden Datentypen. In den alten Ländern treten im Panel deutlich mehr derartige Wechsler auf als im Recall, während in Ostdeutschland sich zwar die gleiche Tendenz abzeichnet, aber nicht statistisch signifikant ist. Dieser Befund hat zweierlei Implikationen. Erstens deutet die West-Ost-Diskrepanz darauf hin, daß die ostdeutschen Wähler eine weit geringere Notwendigkeit sehen, das Überschreiten der Grenze zwischen Regierung und Opposition an der Wahlurne zu verheimlichen, was dafür spricht, daß diese Frontlinie in den neuen Ländern als nicht derart gravierend wahrgenommen wird wie in den alten Ländern. Und zweitens wirft dieses Ergebnis einen Schatten auf die vorliegenden Analysen, die dem politisch brisantesten Wechsel eine geringe empirische Bedeutung zugewiesen haben. Denn es könnte leicht sein, daß sich hinter den scheinbar sehr moderaten Werten in Wahrheit dramatische Verschiebungen zwischen Regierung und Opposition verbergen. Allerdings vermögen unsere Ergebnisse diese Vermutung nicht endgültig zu belegen, da nicht auszuschließen ist, daß die Wahl 1998 in dieser Hinsicht aus dem Rahmen fällt.

Die Zusammensetzung des stattlichen Anteils lagerübergreifenden Wechsels erscheint ebenfalls bemerkenswert. Denn in beiden Landesteilen werden die Wählerbewegungen weg von den vormaligen Oppositions- hin zu den früheren Regierungsparteien im Recall deutlich unterschätzt. Dies kann als Indiz dafür gelesen werden, daß beiderseits der Elbe ein Bekenntnis, den Parteien des „rot-grünen Reformprojekts“ den Rücken zugekehrt zu haben, als nicht sonderlich reputierlich galt. In bezug auf die entgegengesetzte

Wählerbewegung unterscheiden sich die Bürger in West- und Ostdeutschland. Erstere bekennen sich im Recall auch zu dieser Form des Wechsels tendenziell seltener als im Panel, was auf eine allgemeine Scheu hindeutet, lagerübergreifende Wechsel einzugestehen. Im Gegensatz dazu findet sich diese Form des Wechsels in den neuen Ländern im Recall sogar etwas häufiger als im Panel. Folglich kann hier nicht von einer allgemeinen Tendenz zur Untertreibung lagerübergreifender Bewegungen gesprochen werden. Vielmehr scheinen Periodeneffekte in Gestalt des politischen Klimas eine wichtige Rolle zu spielen und gegenläufige Trends hervorzubringen. Diese sorgen schließlich dafür, daß in Ostdeutschland der mit Hilfe des Recall ermittelte Anteil sämtlicher lagerübergreifender Bewegungen sich nicht signifikant von dem panelgestützten Wert unterscheidet, während in Westdeutschland diese politisch brisante Form des Wechsels anhand der Rückerinnerungsfrage deutlich unterschätzt wird.

Einen weiteren Unterschied enthüllt ein Blick auf die Residualkategorie. In den alten Ländern wird diese mit dem Recall exakt erfaßt, wohingegen sie in Ostdeutschland im Recall um acht Prozentpunkte unterschätzt wird. Der Grund für letzteres liegt auf der Hand: Ein großer Anteil der residualen Wechsel beinhaltet ein Votum zugunsten der PDS, das einige Befragte zu verheimlichen suchen. Die in Westdeutschland für den lagerübergreifenden Wechsel gültige Gesetzmäßigkeit, läßt sich in den neuen Ländern auf die Residualkategorie anwenden. Dies deutet darauf hin, daß in den neuen Ländern die Hauptkonfrontationslinie zwischen SPD und CDU einerseits sowie der PDS andererseits verläuft, während in den alten Ländern SPD und CDU/CSU als zentrale Träger der politischen Auseinandersetzung gelten.

Zusammengenommen ist die eingangs konstatierte Unterschätzung der Wechselwahl mit Hilfe des Recalls politisch nicht neutral. Während lagerinterne Bewegungen wirklichkeitsgetreu abgebildet werden, unterschätzt dieses Verfahren die politisch besonders interessanten Verschiebungen systematisch. In den alten Ländern gilt dies für jene Wählerströme, die die Front zwischen Regierung und Opposition überschreiten, während in den neuen Ländern vor allem Wechsel mit PDS-Beteiligung davon betroffen sind.

2.2.3 Die Wechselwahl aus der Perspektive einzelner Parteien

Unsere Analyse der Wechselwahl aus der Sicht der einzelnen Parteien nimmt zwei Perspektiven ein. Einerseits dient uns die Wahlentscheidung des Jahres 1994 als Ausgangspunkt, was zu fragen erlaubt, wohin sich die Wähler vier Jahre später bewegt haben. In dieser Sichtweise wird erkennbar, inwieweit die einzelnen Parteien in der Lage waren, ihre Wähler bei der Stange zu halten, und zu wessen Gunsten sie Verluste hinnehmen mußten. Andererseits beziehen wir die Wählerströme auf die Stimmmentscheidungen des Jahres 1998, womit sich die Frage nach der parteipolitischen Herkunft der Sympathisanten beim letzten Urnengang beantworten läßt; insbesondere erlaubt diese Perspektive zu erfassen, inwieweit die Parteien über das Reservoir ihrer Stammwähler hinaus Stimmbürger anzusprechen vermochten.

- Tabellen 3 und 4 etwa hier -

Legt man in der ersten Perspektive (vgl. Tabelle 3 und 4) die Recall-Daten zugrunde, so gelang es der SPD, den Unionsparteien und – mit Abstrichen – den Bündnisgrünen in Westdeutschland in eindrucksvoller Manier, ihre Wähler an sich zu binden. Denn mindestens sieben von zehn Wählern dieser Parteien blieben bei ihrer Entscheidung des Jahres 1994. Bei insgesamt niedrigeren Haltequoten liegen in Ostdeutschland SPD und PDS an der Spitze, während die CDU mit lediglich 59 Prozent dramatisch zurückfällt. Betrachtet man die Wählerbewegungen, fällt ins Auge, daß die Union in West- wie Ostdeutschland weitaus mehr ihrer vormaligen Wähler an die SPD verlor, als diese an jene abgeben mußte. Die größten Verluste der SPD gingen auf das Konto der Bündnisgrünen bzw. der PDS, wie auch diese Parteien deutliche Stimmeneinbußen zugunsten der Sozialdemokratie hinnehmen mußten.

Die Gegenüberstellung mit den Panelauskünften enthüllt diese Recallbefunde als allenfalls grobe Näherungswerte. Ein Blick auf die westdeutsche Hauptdiagonale zeigt, daß die

Haltequoten realiter bei maximal 74 Prozent liegen und sich damit bei den drei sinnvoll interpretierbaren Parteien um etwa zehn Prozentpunkte unter dem Recallergebnissen bewegen. In Ostdeutschland gilt dieses Muster in noch größerer Deutlichkeit für sämtliche Wählergruppen – mit Ausnahme der CDU-Anhänger. Denn die Unionschristen aus dem Jahre 1994 geben im Panel genauso häufig wie auf die Rückerinnerungsfrage an, der CDU 1998 die Treue gehalten zu haben. Dieser außergewöhnliche Befund deutet darauf hin, daß der Stabilitätsbias des Recall kein unabänderliches Naturgesetz, sondern von politischen Periodeneffekten, etwa der politischen Stimmung, modifiziert werden kann, was die Recalldaten nochmals potentiell unzuverlässiger macht.

An den komplementär zu den überschätzten Haltequoten im Recall zu gering ausgewiesenen Wählerbewegungen interessiert vor allem die Frage nach der politischen Neutralität der Verzerrungen. In Westdeutschland tritt deutlich zutage, daß im Recall jene Verschiebungen bevorzugt unterschätzt werden, die politisch besonders gravierend erscheinen. So verstärkt sich im Panel unter Unionswählern des Jahres 1994 die Bewegung zur SPD ebenso um acht Punkte, wie jene unter den SPD-Wählern zu CDU und CSU um elf Punkte zunimmt; und auch unter den Liberalen gewinnt die SPD gegenüber der Rückerinnerungsfrage deutlich hinzu. Bei den ostdeutschen Wählern von SPD, Bündnisgrünen und PDS finden sich die angesichts des westdeutschen Musters zu erwartenden Befunde: Wanderungen zu politisch weit entfernten Angeboten werden im Panel besonders stark aufgewertet. Jedoch fügen sich die christdemokratischen Stimmbürger des Jahres 1994 partout nicht in dieses Schema, da im Panel die SPD tendenziell einen Teil ihrer eindrucksvollen Wanderungsgewinne aus christdemokratischen Quellen einbüßt.

Kehren wir nun die Perspektive um und fragen, aus welchem Reservoir die Parteien ihre Gefolgschaft des Jahres 1998 schöpften. Wie die Tabellen 5 und 6 belegen, liegen im Recall die elektorale Stagnation indizierenden Quoten auf der Hauptdiagonale im Osten niedriger als in den alten Ländern, weshalb Wahlkampf Bemühungen in den neuen Ländern erfolgversprechender erscheinen. Vor diesem Hintergrund mutet es um so verwunderlicher an, daß sich bei der Union keine derartige innerdeutsche Kluft findet. Die

Wählerbewegungen in diesem Bild spiegeln weitgehend die Verschiebungen in der auf 1994 gestützten Perspektive wider: die Zuwanderer stammen in aller Regel aus koalitionär oder – im Falle der PDS – ideologisch benachbarten Wählersegmenten. Einzig die deutlichen Wanderungen von der Union zur SPD fügen sich nicht in dieses Bild – es sei denn, man unterstellt, die Stimmbürger gingen von einer Großen Koalition aus.

Wie nehmen sich diese Ergebnisse im Lichte der Panelbefunde aus? Betrachten wir zunächst die Hauptdiagonalen, erweist sich unsere Hypothese, der Recall überschätze die Stabilität, als zutreffend. Denn zwischen Recall- und Panelwerten liegen bis zu zwanzig Prozentpunkte, was sich besonders deutlich an den Unionswählern beiderseits der Elbe ablesen läßt. Ebenso markant tritt in diesem Wählersegment die Tendenz des Recalls zutage, Wechsel von politisch entfernten Angeboten zu untertreiben: im Westen sind davon Zugewinne seitens der SPD und der Bündnisgrünen, im Osten zusätzlich seitens der PDS betroffen.

Jedoch ist dieser Zusammenhang weit davon entfernt, ein perfekter zu sein. Erstens waren die westdeutschen Bündnisgrünen bei der Akquisition neuer Wähler weniger erfolgreich, als der Recall vermuten ließ – was darauf hinweist, daß sich mancher grüner Parteigänger nicht mehr zu seiner Entscheidung des Jahres 1994 bekennen wollte. Zweitens weichen die ostdeutschen SPD-Anhänger deutlich von der Regel ab. Denn die Stabilitätsraten in Panel und Recall sind beinahe deckungsgleich. Allerdings läßt sich daraus nicht auf eine gute Recall-Annäherung der Wanderungsströme schließen. Dies wird daraus ersichtlich, daß einerseits die SPD-Zugewinne von der CDU im Recall deutlich überschätzt, jene aus dem Lager der PDS unterschätzt werden. Folglich scheint ein Bekenntnis zur PDS-Wahl 1994 nicht mehr sonderlich attraktiv gewesen zu sein, wohingegen die CDU rückblickend eine gewachsene Anziehungskraft entfaltet, womit das Gegenstück zur Anomalie unter den ostdeutschen CDU-Wählern des Jahres 1994 gefunden wäre.

- Tabellen 5 und 6 etwa hier -

Zusammengenommen bestätigt die Betrachtung einzelner Parteien die in den vorhergehenden Teilabschnitten dargelegten Befunde, relativiert sie jedoch insofern, als sie Ausnahmen von der Regel, der Recall übertreibe die Stabilität, an den Tag bringt.¹⁰

3. Wie häufig und wie fallen Recall- und Panelangaben auseinander? – Häufigkeit und Struktur von Recallfalschangaben

Unterschiede zwischen den Wechselwahlbefunden sind nur möglich, da Befragte 1998 auf die Rückerinnerungsfrage eine andere Wahlentscheidung für 1994 nennen, als sie 1994 in der ersten Panelwelle angegeben hatten. Erstens scheint deren Häufigkeit von Interesse, da sie einen Hinweis auf die Qualität der Recalldaten geben kann. Dazu läßt sich als einzig sinnvolle Vermutung anstellen, daß die Fehlerquote mindestens die Prozentpunktdifferenz zwischen den Wechselraten im Recall und im Panel erreichen muß. Zweitens läßt sich auf Grund der unterstellten herausragenden Rolle der Harmonisierungstendenz im Recall erwarten, daß die Falschangaben mehrheitlich dazu genutzt werden, eine Wechselwahl durch eine stabiles Stimmverhalten indizierende Kombination zu ersetzen, also die retrospektive Angabe der aktuellen Stimmentscheidung anzupassen.

Tabelle 7 zeigt erstens, daß die Fehlerquote beiderseits der Elbe deutlich über dem logischen Minimum, der Prozentpunktdifferenz zwischen den Wechselraten in Recall und Panel, liegt. Zweitens erscheint ein Anteil von jeweils knapp einem Drittel Falschangaben sehr bemerkenswert, bedeutet dies doch, daß der Recall nur zu circa zwei Dritteln die

¹⁰ Zur Absicherung unserer Ergebnisse haben wir sämtliche in diesem Kapitel berichteten Analysen mit den Daten der Forsa-Wahltagsbefragung nachgerechnet, für deren Überlassung Herrn Schneider-Haase gedankt sei. An den Resultaten fallen – bis auf rare Ausnahmen bei einzelnen kleinen Parteien – die sehr gute Übereinstimmung mit unseren Recallbefunden und – folgerichtig – die beinahe identischen Differenzen zu den Panelergebnissen ins Auge.

intendierte Größe mißt.¹¹ Im innerdeutschen Vergleich erweisen sich die Recallangaben der Ostdeutschen zwar als etwas weniger zuverlässig, jedoch ist diese Differenz nicht signifikant von Null verschieden. Die Signifikanzgrenze überschreitet dagegen der Unterschied zwischen den Anteilen der Falschangaben, die dazu dienen, zwischen zwei verschiedenen Wechsellmustern zu changieren: Diese Option wählen Panelteilnehmer aus den neuen Ländern deutlich häufiger als ihre westdeutschen Pendanten – was allerdings nichts daran ändert, daß in beiden Landesteilen erwartungsgemäß der Löwenanteil der abweichenden Recallauskünfte dazu dient, Stabilität indizierende Muster an die Stelle auf wechselnde Parteipräferenzen hinweisender Kombinationen zu setzen. Eine Ursache für die höhere Frequenz von Falschangaben, die nicht der Konsistenzherzeugung dienen, in den neuen Ländern kann in einer unterschiedlich stark ausgeprägten Wahrnehmung stabilen Stimmverhaltens als sozial erwünscht gesucht werden, die in den unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen wurzeln dürfte: Westdeutsche Befragte sind mit dem heutigen Parteiensystem und den darin herrschenden Trennungslinien lange Zeit sozialisiert worden und verfügen häufiger als Ostdeutsche über psychologische Bindungen an eine der Parteien als die Bürger zwischen Elbe und Oder (vgl. Falter/Rattinger 1997: 497-500; Arzheimer/Falter 1998: 42-43; Falter/Schoen 1999: 466), was angesichts deren relativ kurzer Erfahrung mit dem Parteiensystem, das weitgehend westdeutschen Ursprungs ist, nicht allzusehr verwundert.

- Tabelle 7 etwa hier -

Betrachten wir die Falschangaben im Recall aus parteipolitischer Perspektive, fällt zunächst auf, daß Anhänger elektoral starker Parteien aufrichtiger zu sein scheinen als solche kleiner Gruppierungen (vgl. Tabellen 8 und 9). Denn in beiden Landesteilen stimmen die Recallangaben der Wähler der Unionsparteien, der SPD und – in Ostdeutschland – der PDS deutlich häufiger mit den Auskünften aus der ersten Panelwelle überein als bei den restlichen Wählergruppen. Doch sollte man daraus nicht auf eine generell größere Ehrlichkeit ersterer Gruppen schließen; vielmehr dürfte sich die

¹¹ Ganz ähnliche Raten inkonsistenter Recallangaben fanden van der Eijk/Niemöller (1979: 295) in den Niederlanden der siebziger Jahre.

Verteilung auf den größeren Anteil von Stammwählern im Elektorat der großen Parteien zurückführen lassen, für die es leichter ist, sich vergangenen Wahlverhaltens zu erinnern – da sie in der Regel für dieselbe Partei votieren.

Die Verteilung der Falschangaben folgt einem erkennbaren Muster. Die Wähler kleiner Parteien laufen bevorzugt zum potentiellen großen Koalitionspartner über. Dagegen desertieren die Anhänger der beiden Volksparteien bevorzugt zu einer anderen großen Partei. Dabei fällt in Ostdeutschland – abgesehen von einigen Abweichungen vom westdeutschen Muster – eine Asymmetrie ins Auge: Die CDU entfaltet unter SPD-Wählern rückblickend eine weit größere Attraktivität als die Sozialdemokratie unter Unionschristen, was auf einen retrospektiven *bandwagon*-Effekt zugunsten der CDU hinzudeuten scheint.

- Tabellen 8 und 9 etwa hier -

Führt man sich zusätzlich die Wählerverschiebungen vor Augen, mutet eine andere Deutung mindestens ebenso plausibel an. In den Reihen beider Volksparteien finden sich ähnlich hohe Prozentsätze von Wählern, die im Recall die andere große Partei angaben, um als stabiler Anhänger der letzteren und nicht als Überläufer von der einen zur anderen großen Gruppierung zu erscheinen. Betrachtet man hingegen jene Wähler, die dank einer „Recalllüge“ nicht als stabile Wähler, sondern als Überläufer zur anderen Volkspartei gelten, zeichnet sich eine deutliche Asymmetrie ab. Während unter den SPD-Wählern des Jahres 1994 im Westen sieben und im Osten 14 Prozent im Recall die Union angaben, um als Wechsler von dieser zur SPD zu erscheinen, findet sich unter den Unionschristen des Jahres 1994 kein einziger Respondent mit dem spiegelbildlichen Antwortmuster. Folglich kann das Vorliegen eines *bandwagon*-Effekts zweiter Ordnung nicht ausgeschlossen werden, der darin zum Ausdruck kommt, daß das Meinungsklima, insbesondere in Ostdeutschland, den Befragten 1998 den Eindruck vermittelte, ein Wechsel von der Union zur SPD sei weitverbreitet, und einige Respondenten dazu animierte, sich diesem Trend anzuschließen. Kurz, ein generelles Muster der Falschangaben scheint zwischen 1994 und 1998 von einem politischen Periodeneffekt überlagert worden zu sein.

4. Warum divergieren Recall- und Panelangaben? – Determinanten der Aufrichtigkeit von Recallauskünften

In einem letzten Schritt wollen wir uns der Frage zuwenden, ob sich die unaufrichtigen Befragten von den ehrlichen Probanden unterscheiden. Unseren theoretischen Überlegungen dient dabei die oben angeführte Erklärung für die Falschangaben im Recall als Ausgangspunkt. Da als Hauptgrund ein Mangel an politischem Interesse genannt wurde, sollten sich die Befragten mit korrekten Recallangaben durch ein höheres politisches Interesse und einen höheren Grad politischer Involviertheit auszeichnen als die Respondenten mit fehlerhaften Auskünften (vgl. Faul 1960: 263; Converse 1962: 580; Weir 1975: 58; Powers/Goudy/Keith 1978: 386; vgl. für andere, wegen der Zusammensetzung der verwendeten Stichprobe aber zu relativierende Befunde Himmelweit/Jaeger/Stockdale 1978: 372).¹²

Politische Involviertheit wird als eng verknüpft mit einigen anderen Einstellungen gesehen (vgl. etwa Milbrath/Goel 1977: 36), weshalb diese ebenfalls einen Hinweis auf die Anfälligkeit für Recallinkonsistenzen geben dürften. Weir (1975: 56) betrachtet als eine Facette politischer Involviertheit das Gefühl einer Person, es sei ihre Bürgerpflicht, sich für Politik zu interessieren und sich politisch zu betätigen (vgl. Campbell/Gurin/Miller 1954: 194-199). Befragte mit einer stark ausgeprägten derartigen Einstellung legten großen Wert auf politisches Wissen, weshalb sie auch darauf achteten, sich ihrer früheren politischen Entscheidungen erinnern zu können. Daraus läßt sich zum einen die Vermutung ableiten, Probanden mit einem stark ausgeprägten staatsbürgerlichen Pflichtgefühl sollten akkuratere Aussagen zu ihrem früheren Wahlverhalten machen als die übrigen Respondenten. Zum anderen sollte der Grad politischen Wissens negativ mit der Tendenz

¹² Weir (1975: 56) betont nicht das politische Interesse im allgemeinen, sondern zum Zeitpunkt der zu erinnernden Wahlentscheidung.

zu Falschauskünften verknüpft sein (siehe auch Pappi 1970: 55; Schmitt-Beck 1993: 401-404).

Als ein weiteres Einstellungskorrelat hohen politischen Interesses gilt eine Parteiidentifikation (vgl. Campbell/Converse/Miller/Stokes 1960: 143; Milbrath/Goel 1977: 36), weshalb die Identifizierer exaktere Auskünfte geben dürften. Die genau entgegengesetzte Vermutung formuliert Weir (1975: 56). Fühle sich ein Proband psychologisch an eine Partei gebunden, so sei es sehr wahrscheinlich, daß er angebe, diese auch bei einem zurückliegenden Urnengang gewählt zu haben, ganz gleich, wie er damals tatsächlich votiert hat. Dieser Hypothese, die Parteiidentifizierer als besonders unsichere Kantonisten betrachtet, läßt sich das folgende Argument entgegenhalten: Eine Parteiidentifikation stabilisiert nicht zuletzt das Wahlverhalten (vgl. Campbell/Converse/Miller/Stokes 1960: 136-142), weshalb es sehr wahrscheinlich erscheint, daß parteiaffine Wähler tatsächlich regelmäßig für die gleiche Partei votieren und ihre Erinnerung an gleichbleibendes Stimmverhalten nicht einer psychologischen Projektion, sondern ihrem tatsächlichen Handeln geschuldet ist. Es ließe sich sogar vermuten, auf Grund dieser Zusammenhänge hätten es Parteineiger leichter, sich korrekt ihrer früheren Voten zu erinnern, weshalb sie seltener einer Falschangabe überführt werden dürften.

Ähnlich strittig wie im Falle der Parteineigung sind die Erwartungen zur subjektiv empfundenen politischen Kompetenz (vgl. Campbell/Gurin/Miller 1954: 187-194; Lane 1961: 149; Converse 1972: 325-336; Balch 1974: 23-28). Einerseits wird diese Einstellung als eng verknüpft mit politischem Interesse gesehen (vgl. Milbrath/Goel 1977: 60-61), weshalb Personen, die meinen, sie seien politisch kompetent und die politische Elite reagiere angemessen auf die politischen Wünsche der Bürger, zuverlässige Angaben machen sollten. Die genau gegenteilige Beziehung postuliert Weir (1975: 55), wenn sie argumentiert, Befragte könnten sich als politisch besonders kompetent und einflußreich fühlen, weil sie ihr zurückliegendes Verhalten so rekonstruierten, daß ihre politische Kompetenz und Wirksamkeit besonders betont würde.

Daneben wird versucht, unaufrichtiges Recallverhalten sozialstrukturell zu verorten. Gegründet auf die positive Beziehung zwischen dem sozialen Status und politischer Involviertheit (vgl. Milbrath/Goel 1977: 47), läßt sich vermuten, daß Personen mit hoher formaler Bildung retrospektiv genauere Auskünfte geben als Respondenten, die auf einer niedrigeren Sprosse der sozioökonomischen Leiter stehen. Weir (1975: 55) erwartet den gleichen empirischen Befund, jedoch legt sie eine andere Deutung zugrunde: Formal höher Gebildete verfügten über eine bessere kognitive Ausstattung und sollten sich deshalb eher an früheres Stimmverhalten erinnern können als Probanden mit niedriger formaler Bildung. Um genau diesen empirischen Zusammenhang in einer bivariaten Analyse zu interpretieren, hat Juhasz (1993: 36-40) eine etwas andere Erklärung herangezogen: Formal weniger Gebildete hätten ein stärkeres Bedürfnis nach kognitiver Konsistenz und paßten daher häufiger ihre Recallangaben ihrer gegenwärtigen Parteipräferenz an.

Dasselbe Argumentationsmuster verwendet Juhasz (1993: 36-40), um die mit dem Lebensalter wachsende „Lügenneigung“ zu erklären. Denn auch Ältere seien stärker von einem solchen Harmoniebedürfnis bestimmt, weshalb sie zur Angleichung der wahlbezogenen Angaben neigten.¹³ Zum Lebensalter lassen sich zwei weitere konkurrierende Hypothesen formulieren. Verwendet man das sozioökonomische Standardmodell (vgl. Milbrath/Goel 1977: 114), ist zu vermuten, daß Bürger mittleren Alters politisch besonders involviert sind, weshalb sie der hier verwendeten Argumentation zufolge präzise Recallauskünfte geben sollten. Läßt dieses Argument einen kurvilinearen Zusammenhang erwarten, deutet eine auf die Parteiidentifikation gestützte Überlegung auf eine mit dem Lebensalter zunehmende Aufrichtigkeit der Rückerinnerungsangaben hin. Denn anknüpfend an das Conversesche OTPS-Modell zur Entwicklung von Parteiidentifikationen im Laufe des Lebenszyklus (vgl. Converse 1969), sollten ältere

¹³ Kritisch sei Juhasz' Versäumnis vermerkt, die Konsistenzneigung simultan in Abhängigkeit von Alter und Bildung zu betrachten. Dies könnte sich insofern als nachteilig erweisen, als sich hinter einem bivariat festgestellten Lebenszykluseffekt ein über Bildungsunterschiede zwischen den Altersgruppen vermittelter Generationeneffekt verbergen könnte.

Bürger häufiger über eine Parteineigung verfügen und diese überdies stärker ausgeprägt sein als bei jüngeren. Entsprechend dürften ältere Wähler in ihrem Stimmverhalten stabiler sein und deshalb mit konsistenten Angaben ihre Handlungen korrekt wiedergeben.

Die Literatur sieht die Qualität der Angaben jedoch nicht nur von sozialstrukturellen und attitudinalen Merkmalen der Befragten beeinflusst, vielmehr schreibt sie auch der Interviewsituation eine wesentliche Wirkung zu. Denn sofern zwischen dem Fragesteller und dem Interviewten keine Vertrauensbasis bestehe, gebe der letztere eher spärlich Auskunft und lasse es möglicherweise an der wünschenswerten Ehrlichkeit fehlen. Folglich sollten Befragte, die sich eher unwillig interviewen lassen, weniger aufrichtige Antworten geben als auskunftsfreudige Respondenten (vgl. van der Eijk/Niemöller 1979: 304).

Diese Hypothesen zu den Bestimmungsgründen der Recallaufrichtigkeit werden wir anhand dreier abhängiger Variablen empirisch untersuchen. Zum einen werden wir sämtliche „Lügen“ den korrekten Recallangaben gegenüberstellen. Zum anderen werden wir die Falschauskünfte danach unterscheiden, ob sie dazu dienen, Konsistenz herzustellen oder nicht, und beide Ausprägungen von Falschangaben werden wir jeweils den akkuraten Recallauskünften gegenüberstellen. Die letzten beiden Variablen werden gebildet, da nicht auszuschließen ist, daß die beiden Typen von Falschangaben unterschiedlichen Gesetzmäßigkeiten folgen.¹⁴ Aus der Konstruktion der abhängigen Größen als dichotome

¹⁴ Diese Konstruktion der abhängigen Variablen, die sich auf die Klassifikation in Tabelle stützt, impliziert, daß zwischen der Wechselaktivität und der Genauigkeit der Recallangaben, in ihren verschiedenen Varianten, ein Zusammenhang bestehen muß. Werden beispielsweise Falschangaben, die elektorale Stabilität produzieren, mit aufrichtigen Angaben konfrontiert, so sind aus logischen Gründen die tatsächlichen Wechselwähler weniger aufrichtig als die stabilen. Aus diesem Grund haben wir darauf verzichtet, den tatsächlichen Parteiwechsel als unabhängige Variable (siehe Himmelweit/Jaeger/Stockdale 1978: 367-369; van der Eijk/Niemöller 1979: 312-313) in die Analyse einzubeziehen.

Variablen, deren Verteilungen sich überdies zum Teil durch eine ausgeprägte Schiefe auszeichnen, ergibt sich unmittelbar, daß wir die Analysen mit Hilfe der logistischen Regression (siehe dazu etwa Urban 1993; Andreß/Hagenaars/Kühnel 1997: 261-299) durchführen müssen.

Um die in den vorangegangenen Absätzen skizzierten Argumente auf ihre empirische Tragfähigkeit zu überprüfen, wählen wir für die Logitanalyse folgende Operationalisierungen. Den Grad der politischen Involvierung erfassen wir mit Hilfe der Selbstauskunft der Befragten über ihr politisches Interesse. Die politischen Kenntnisse bilden wir anhand einer Variable ab, die den Wert 1 annimmt, falls ein Respondent die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme bei Bundestagswahlen korrekt angeben kann, ansonsten null wird. Die formale Bildung erfassen wir auf einer dreistufigen Skala, während die Parteibindung mit einer Dummy-Variable erfaßt ist, die eins wird, falls sich der Respondent einer Partei besonders verbunden fühlt, und ansonsten null ist. Um die Wirkung der subjektiv empfundenen politischen Kompetenz auf die Aufrichtigkeit der Respondenten zu messen, fließt die Einschätzung der Befragten, inwieweit sie sich in der Lage sehen, wichtige politische Fragen gut zu verstehen, in die Analyse ein. Die externe Komponente der *political efficacy* erfassen wir mit der Beurteilung der Einflußmöglichkeiten der Bürger auf die Politik. Für das Wahlpflichtgefühl verwenden wir eine fünfstufige Skala, und die Auskunftswilligkeit der Respondenten bilden wir ab, indem wir ihre Bereitschaft, an einer weiteren Befragung im Jahr 2002 teilzunehmen, in die Analyse einbeziehen. Und schließlich findet sich das Lebensalter sowohl in linearer als auch in quadrierter Form in den Logit-Modellen wieder, damit wir auch kurvilinearen Alterseffekten nachspüren können (siehe auch den Anhang).

Wie schneiden die theoretischen Überlegungen empirisch ab? An den Analysen in Tabelle 10 fällt zunächst die insgesamt geringe Erklärungsleistung der Logit-Modelle ins Auge, die in zwei Fällen die Zehn-Prozent-Marke überschreitet. Im Umkehrschluß heißt dies, daß die vorliegenden Argumente den größten Teil der Recallfalschangaben nicht zu erhellen vermögen. Dabei schneiden die Modelle in Ostdeutschland noch etwas besser ab als in den alten Ländern. Stellt man schließlich die verschiedenen abhängigen Variablen einander

gegenüber, erweist sich der Versuch, die unorthodoxen, da nicht Konsistenz vorspiegelnden Falschangaben zu erklären, als am erfolgreichsten. Dies überrascht insofern, als die bisherige Diskussion der Recallproblematik auf die „Konsistenzlügen“ konzentriert war und einige Argumente mit Blick auf diese formuliert worden sind. Das Erstaunen ob des schlechten Abschneidens letzterer Modelle wird jedoch dadurch etwas relativiert, daß der verwendete Datensatz keine Größen enthält, die das Streben nach kognitiver Konsistenz – das Hauptargument zur Erklärung konsistenz erzeugender Falschangaben – gut abzubilden geeignet sind.

Die Befunde zu den einzelnen vermuteten Determinanten der Recallaufichtigkeit sind sehr gemischt. Durchweg bedeutungslos sind die internalisierte Wahlnorm und die subjektiv empfundene politische Kompetenz eines Probanden, weshalb die damit verknüpften Hypothesen verworfen werden müssen. Die externe Komponente der *political efficacy*, hier erfaßt über die Einschätzung der Einflußmöglichkeiten der Bürger auf die Politik, erweist sich als etwas bedeutsamer, da in den neuen Ländern das Vertrauen in die Einflußchancen der Bürger die Akkuratess der Recallangaben anwachsen läßt.

Das objektive Pendant zur Selbsteinschätzung der politischen Kompetenz, die politischen Kenntnisse, entfalten in Ostdeutschland in zwei Fällen die erwartete „lügenmindernde“ Wirkung, während in den alten Ländern eine hohe politische Informiertheit wider Erwarten die Neigung zu unorthodoxen Falschangaben steigert. Über die Ursache für diesen überraschenden Effekt läßt sich an dieser Stelle nur spekulieren: Möglicherweise handelt es sich bei den gut informierten Bürgern um jene, die mittels einer intensiven Informationsaufnahme den aktuellen politischen Trend erspüren und diesem gemäß zu handeln versuchen, also beispielsweise 1998 der Drift von der Union zur SPD zu folgen, statt stabil für dieselbe Partei zu stimmen. Ganz ähnlich, allerdings ohne Anomalie, verhält sich das formale Bildungsniveau: In Ostdeutschland fördert eine gute Ausstattung mit dieser kognitiven Ressource die Übereinstimmung zwischen Recall und der Angabe in der ersten Panelwelle.

Beinahe spiegelbildlich zu den Koeffizientenmustern dieser beiden objektiven Größen verhält sich jenes beim politischen Interesse, das nur in den alten Ländern in den ersten beiden Spalten signifikante Effekte entfaltet. Die Bereitschaft eines Respondenten, im Jahre 2002 wieder für ein Interview zur Verfügung zu stehen, hat in Ostdeutschland einen nachweisbaren Effekt auf die Genauigkeit der Recallangaben: Personen, die eine erneute Befragung ausschlossen, neigen in zwei der drei Fälle zu weniger akkuraten Angaben zu ihrem Stimmverhalten 1994.

- Tabelle 10 etwa hier -

Wenden wir uns nun jenen Größen zu, zu denen konkurrierende Hypothesen vorliegen. Was das Lebensalter anbetrifft, halten alle drei präsentierten Erklärungsversuche einer empirischen Prüfung nicht stand. Denn nur in einem einzigen Fall werden den Alterstermen statistisch signifikante Koeffizienten zugeordnet; diese sprechen für einen kurvilinearen Zusammenhang, jedoch in unerwarteter Form: Zunächst nimmt mit dem Alter die Neigung zu unorthodoxen Falschangaben zu, um dann wieder abzunehmen. Eine Erklärung für dieses erstaunliche Muster, das die mittleren Jahrgänge in Ostdeutschland als besonders „lügenanfällig“ erscheinen läßt, kann darin gesucht werden, daß die Bürger dieses Alters, im Einklang mit dem Ressourcenmodell, über einen hohen Status verfügen und deshalb versuchen, im Einklang mit den Normen der Gesellschaft zu leben (siehe Cahalan 1968: 611-612). Und dazu könnte es auch gehören, wahrgenommene politische Trends wie den Wechsel von der alten zur neuen Regierung mitzuvollziehen.

Angesichts der in der Literatur vorherrschenden Deutung erscheint das Ergebnis zur Parteineigung ähnlich überraschend. Denn entgegen der verbreiteten Ansicht, Parteiidentifizierer seien im Recall besonders „lügenanfällig“, wirkt eine Parteiaffinität, sofern sie einen Effekt hat, Falschankünften entgegen. Jedoch sollte dies nicht als Hinweis auf die größere Ehrlichkeit dieser Spezies von Wählern gelesen werden, vielmehr steht dahinter die das Wahlverhalten stabilisierende Wirkung einer Parteineigung. Auffällig ist zudem, daß bei den residualen Falschangaben die Parteineigung beiderseits der Elbe einen nachhaltig negativen Effekt zeitigt. Dieses Ergebnis unterstützt die oben angeführte

Erklärung für die innerdeutsche Kluft im Hinblick auf die unorthodoxen Falschangaben, da diese nun schlüssig auf die deutlich geringere Verbreitung von Parteeinigungen in den neuen Ländern zurückgeführt werden kann. Folglich lassen die selteneren und schwächeren Parteeinigungen in den neuen Ländern nicht nur die Fluktuationsrate anschwellen, sondern erschweren es auch, den Wechslern mit konventionellen Methoden, also der Rückerinnerungsfrage, auf die Spur zu kommen.

Betrachten wir die Effekte der verschiedenen Variablen simultan, fällt erstens die Diskrepanz zwischen den west- und ostdeutschen Mustern ins Auge. Denn während in den alten Ländern maximal zwei Größen einen Einfluß ausüben, gilt dies in Ostdeutschland für bis zu fünf Prädiktoren. Zudem erscheint die weitgehende Komplementarität der Muster bemerkenswert. In der ursprünglichen Bundesrepublik spielt in den ersten beiden Fällen das politische Interesse, also die klassische Erklärung, eine Rolle; dieses bleibt in den neuen Ländern wirkungslos, während stets das politische Wissen und die formale Bildung einen Effekt zeitigen. In starker Zuspitzung läßt sich daraus schließen, im Westen der Republik seien stärker subjektive Einschätzungen von Belang, während im Osten vorwiegend objektive Größen über die Aufrichtigkeit im Recall entschieden. Drittens unterstreicht ein Vergleich der Resultate für die konsistenz erzeugenden und die unorthodoxen Falschangaben die Berechtigung, diese beiden Arten von Falschankünften getrennt zu untersuchen,¹⁵ da in beiden Landesteilen die Koeffizientenmuster deutlich voneinander abweichen. Besonders deutlich wird dies daran, daß Parteeinigungen die unkonventionellen Falschangaben nachhaltig beeinflussen, während diejenigen, die fälschlich Stabilität indizieren, davon unberührt bleiben. Dies spricht dafür, daß stabiles Wahlverhalten seine Attraktivität gleichermaßen unter Identifizierern wie Unabhängigen entfaltet. Dagegen läßt es eine psychologische Bindung an eine Partei offensichtlich unsinnig erscheinen, im Recall von den Angaben in der ersten Panelwelle abzuweichen, um irgendein Wechselsmuster vorzuspiegeln.

¹⁵ Eine separate Analyse der beiden unter dem Titel „restliche Falschangaben“ subsumierten Arten von Fehlankünften fördert keine wesentlichen Unterschiede an den Tag.

Zusammengenommen erscheinen die vorliegenden Erklärungen für Falschangaben im Recall als unzureichend. Sofern die vermuteten Effekte tatsächlich auftreten, entfaltet sich, zweitens, in Ostdeutschland ein anderes Wirkungsmuster als in den alten Bundesländern, was die Entscheidung, die Falschangaben in beiden Landesteilen separat zu untersuchen, rechtfertigt. Und drittens hat sich die Differenzierung der Falschangaben als sinnvoll erwiesen, was dafür spricht, diese in künftigen Analysen beizubehalten.

5. Schlußbemerkungen

Unsere Analysen haben gezeigt, daß die üblicherweise verwendete Rückerinnerungsfrage zur Ermittlung von Wechselwählern die Wählerbewegungen systematisch unterschätzt und damit die politische Landschaft statischer zeichnet, als sie tatsächlich ist. Differenziert man diesen generellen Befund, stellt sich, zweitens, heraus, daß die Unterschätzung des Parteiwechsels politisch nicht neutral ist. Vielmehr werden vor allem jene Wanderungsbewegungen zwischen zwei Urnengängen unterschätzt, die politisch besondere Brisanz bergen: jene zwischen Regierung und Opposition. Die Ursache für die dramatische Unterschätzung der Wechselwahl liegt darin, daß im Recall etwa ein Drittel der Angaben zum vier Jahre zurückliegenden Wahlverhalten nicht mit den Panelangaben übereinstimmen, was die Qualität des Recall generell ins Zwielicht geraten läßt. In einem letzten Schritt haben wir nach den Determinanten von Falschangaben im Recall gefragt. Dabei haben sich die vorliegenden Erklärungen als nicht besonders erfolgreich erwiesen. Ferner kristallisieren sich unterschiedliche Effektmuster für verschiedene Arten von Falschangaben heraus, und in Ost- und Westdeutschland begünstigen unterschiedliche Faktoren die Fehlaukünfte. Diese Befunde sprechen dafür, einerseits Recallfehler in beiden Landesteilen unterschiedlich zu beurteilen und separat zu analysieren, andererseits sorgfältig zwischen verschiedenen Typen von Falschangaben zu differenzieren.

Aus unseren Überlegungen läßt sich folgern, daß die üblichen recallgestützten Wählerwanderungsbilanzen mit noch größerer Skepsis als bisher zu betrachten sind und

weniger denn je geeignet scheinen, gravierende politische Entscheidungen abzustützen. Damit erhärten unsere Analysen einen lange gehegten Verdacht, den nicht zuletzt divergierende Befunde verschiedener Wählerwanderungsbilanzen zu ein und denselben Urnengängen genährt haben.¹⁶

Darüber hinaus bleibt festzuhalten, daß die bundesdeutsche Wählerschaft weitaus beweglicher ist, als es die bisherigen recallgestützten Analysen vermuten ließen. Für die Parteien liegen die Konsequenzen daraus auf der Hand. In ihren Bemühungen um die Maximierung der Stimmzahl am Wahltag können sie es weniger als bisher bei der Mobilisierung ihrer Stammwählerschaft bewenden lassen. Vielmehr eröffnet die bisher unterschätzte Wechselneigung im Elektorat die Gelegenheit, neue Wählerschichten anzusprechen. Zugleich muß jede Partei jedoch damit rechnen, ehemalige Wähler an konkurrierende Anbieter zu verlieren. Die größere Wechselhaftigkeit erweist sich für die Parteien mithin als Fluch und Segen zugleich und läßt, aus der Systemperspektive betrachtet, den Wettbewerbscharakter in der politischen Auseinandersetzung stärker hervortreten.¹⁷

Ob es sich dabei um eine positive Entwicklung für das politische System handelt, da sich Wechselwähler politisch bewußt entscheiden, oder eine hohe Wechselrate für eine Gefährdung der Stabilität des politischen Systems zu halten ist, läßt sich an dieser Stelle nicht entscheiden. Da derartige Schlußfolgerungen stets zumindest implizit ein bestimmtes Bild von den Wechselwählern zugrunde legen, bedarf es für eine Antwort einer

¹⁶ Als jüngstes Beispiel lassen sich die abweichenden Interpretationen der Wählerbewegungen anführen, die Infas und Infratest zur hessischen Landtagswahl vom 7.2.1999 präsentiert haben. Vgl. Hessische Landtagswahl am 7. Februar 1999. infas analysiert Wählerwanderungen (<http://www.infas.de/presse/hessen-ltw-wanderung.html> (20.4.1999)), Infratest dimap (1999: 31-41) und Reumann (1999: 3).

¹⁷ Auf Grund der Daten läßt sich keine andere Folgerung ziehen, auch wenn sie manchem wie ein ideologisch motivierter Versuch, den politischen Einfluß der parteitreuen Wähler zurückzudrängen, erscheinen mag (vgl. zu dieser Position Schultze 1975: 537).

eingehenden Betrachtung der Gründe und Motive für die Wechselwahl. Analysen zu diesen erscheinen um so sinnvoller, als sie zugleich erlaubten, die methodisch interessante Frage zu untersuchen, ob die Messung der Wechselwahl anhand des Recalls nur die Schätzung von Niveaugrößen beeinträchtigt oder auch Zusammenhänge mit anderen Variablen in Mitleidenschaft zieht.

Literatur

- Abramson, Paul R./Aldrich, John H.: The Decline of Electoral Participation in America. In: *American Political Science Review* 76 (1982), S. 502-521
- Andreß, Hans-Jürgen/Hagenaars, Jacques A./Kühnel, Steffen: *Analyse von Tabellen und kategorialen Daten*. Berlin u.a.: Springer, 1997
- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W.: „Annäherung durch Wandel?“ Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B52 (1998), S. 33-44
- Balch, George I.: Multiple Indicators in Survey Research: The Concept „Sense of Political Efficacy“. In: *Political Methodology* 1 (1974), S. 1-43
- Baur, Detlef: Wählerwanderungen und Wahlprognosen. Ein Vergleich zweier Erhebungsmethoden zur Ermittlung von Wanderungsbilanzen. In: *Zeitschrift für Politik* 23 (1976), S. 281-294
- Berger, Manfred/Gibowski, Wolfgang/Roth, Dieter/Schulte, Wolfgang: Stabilität und Wechsel. Eine Analyse der Bundestagswahl 1980. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983, S. 12-57
- Cahalan, Don: Correlates of Respondent Accuracy in the Denver Validity Survey. In: *Public Opinion Quarterly* 32 (1968), S. 607-621
- Campbell, Angus/Gurin, Gerald/Miller, Warren E.: *The Voter Decides*. Evanston: Row, Peterson, 1954
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E.: *The American Voter*. New York: Wiley, 1960
- Converse, Philip E.: Information Flow and the Stability of Partisan Attitudes. In: *Public Opinion Quarterly* 26 (1962), S. 578-599
- Converse, Philip E.: Of Time and Partisan Stability. In: *Comparative Political Studies* 2 (1969), S. 139-171
- Converse, Philip E.: Attitudes and Non-Attitudes: Continuation of a Dialogue. In: Tufte, Edward R. (ed.): *The Quantitative Analysis of Social Problems*. Reading: Addison-Wesley, 1970, S. 168-189

- Converse, Philip E.: Change in the American Electorate. In: Campbell, Angus/Converse, Philip E. (eds.): *The Human Meaning of Social Change*. New York: Russell Sage Foundation, 1972, S. 263-337
- Eijk, Cees van der/Niemöller, Broer: Recall Accuracy and its Determinants. In: *Acta Politica* 14 (1979), S. 289-342
- Epley, Stephen W.: The Presence of Others May Reduce Anxiety – The Evidence is Not Conclusive. In: *Psychological Bulletin* 82 (1975).
- Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans: Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung 1977-1994. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1997, S. 495-513.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald: Wahlen und Wählerverhalten. In: Ellwein, Thomas/Holtmann, Everhard (Hrsg.): *50 Jahre Bundesrepublik. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999, S. 454-470.
- Faul, Erwin: Soziologie der westdeutschen Wählerschaft. In: Sternberger, Dolf/Erbe, Friedrich/Molt, Peter/Faul, Erwin: *Wahlen und Wähler in Westdeutschland*. Villingen: Ring-Verlag, 1960, S. 135-315
- Ferber, Marianne A./Birnbaum, Bonnie G.: Retrospective Earnings Data: Some Solutions for Old Problems. In: *Public Opinion Quarterly* 43 (1979), S. 112-118
- Festinger, Leon: *A Theory of Cognitive Consistency*. Stanford: Stanford University Press, 1966
- Finkel, Steven E./Schrott, Peter: Wählerstimmen durch Wahlkämpfe? Eine Analyse der Bundestagswahl 1990. In: *ZUMA-Nachrichten* 34 (1994), S. 7-34
- Gehring, Uwe: Wählerwanderungsbilanzen der Bundestagswahl 1990: Eine Überprüfung des infas-Konzepts mit Daten der Forschungsgruppe Wahlen. In: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland*. Frankfurt/Main: Peter Lang, 1994, S. 93-112
- Gutek, Barbara A.: On the Accuracy of Retrospective Attitudinal Data. In: *Public Opinion Quarterly* 42 (1978), S. 390-401
- Hanefeld, Ute: *Das Sozio-ökonomische Panel*. Frankfurt/Main: Campus, 1987

- Hessische Landtagswahl am 7. Februar 1999. infas analysiert Wählerwanderungen (<http://www.infas.de/presse/hessen-ltw-wanderung.html> (20.4.1999))
- Himmelweit, Hilde T./Jaeger, Marianne/Stockdale, Janet: Memory for Past Vote: Implications of a Study of Bias in Recall. In: *British Journal of Political Science* 8 (1978), S. 365-375
- Hoschka, Peter/Schunck, Hermann: Schätzung von Wählerwanderungen. Puzzlespiel oder gesicherte Erkenntnis? In: *Politische Vierteljahresschrift* 16 (1975), S. 491-539
- Infratest dimap: Wahlreport: Landtagswahl in Hessen. 7. Februar 1999. Berlin, 1999
- Juhasz, Zoltan: Wahlabsicht und Rückerinnerung – zwei Angaben zur aktuellen Bewertung der politischen Parteien? In: Gabriel, Oscar W./Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.): *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*. Frankfurt/Main, 1993, S. 27-50
- Jung, Matthias: Der Wechselwähler – das unbekannte Wesen. In: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): *Wahlverhalten*. Stuttgart: Kohlhammer, 1991, S. 208-223
- Kaase, Max: Analyse der Wechselwähler in der Bundesrepublik. In: Scheuch, Erwin K./Wildenmann, Rudolf (Hrsg.): *Zur Soziologie der Wahl*. Sonderheft 9 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*. Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag, 1965, S. 113-125
- Kaase, Max: *Wechsel von Parteipräferenzen*. Meisenheim am Glan: Anton Hain, 1967
- Kalton, Graham/Kasprzyk, Daniel/McMillen, David B.: Nonsampling Errors in Panel Surveys. In: Kasprzyk, Daniel/Duncan, Greg/Kalton, Graham/Singh, M.P. (eds.): *Panel Surveys*. New York: John Wiley & Sons, 1989, S. 249-270
- Katosh, John P./Traugott, Michael W: The Consequences of Validated and Self-reported Voting Measures. In: *Public Opinion Quarterly* 45 (1981), S. 519-535
- Klingemann, Hans-Dieter: West Germany. In: Crewe, Ivor/Denver, David (eds.): *Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility*. London: Croom Helm, 1985, S. 230-263
- Klingemann, Hans-Dieter/Pappi, Franz Urban: Die Wählerbewegungen bei der Bundestagswahl am 28. September 1969. In: *Politische Vierteljahresschrift* 11 (1970), S. 111-138.

- König, René: Einleitung: Praktische Sozialforschung. In: König, René (Hrsg.): Das Interview. Formen, Technik, Auswertung. Köln u. Berlin: Kiepenheuer und Witsch, 7.Auflage, 1969, S. 13-34
- Kort-Krieger, Ute: Wechselwähler. Pfaffenweiler: Centaurus, 1994
- Küchler, Manfred: Die Schätzung von Wählerwanderungen: Neue Lösungsversuche. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983, S. 632-651
- Laemmerhold, Claus: Auf Biegen und Brechen: Die Nichtwähler im Prokustesbett der Wanderungsbilanzen. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983, S. 624-631
- Lane, Robert E.: Political Life. Why People Get Involved in Politics. Glencoe, Ill.: The Free Press, 1959
- Milbrath, Lester W./Goel, M.L.: Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics? Lanham: Rand McNally, 2. Auflage 1977
- O'Muircheartaigh, Colm: Sources of Nonsampling Error: Discussion. In: Kasprzyk, Daniel/Duncan, Greg/Kalton, Graham/Singh, M.P. (eds.): Panel Surveys. New York: John Wiley & Sons, 1989, S. 271-288.
- Pappi, Franz Urban: Wahlverhalten und politische Kultur. Meisenheim: Anton Hain, 1970
- Powers, Edward A./Goudy, Willis J./Keith, Pat M.: Congruence Between Panel and Recall Data in Longitudinal Research. In: Public Opinion Quarterly 42 (1978), S. 380-389
- Reiter, Howard L.: The Perils of Partisan Recall. In: Public Opinion Quarterly 44 (1980), S. 385-388
- Reumann, Kurt: Zwei-Stufen-Rakete der Mobilisierung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.2.1999, 1999, S. 3
- Schmitt-Beck, Rüdiger: Denn sie wissen nicht, was sie tun... Zum Verständnis des Verfahrens der Bundestagswahl bei westdeutschen und ostdeutschen Wählern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 24 (1993), S. 393-415
- Schultze, Rainer-Olaf: Die Bundestagswahl 1976. Prämissen und Perspektiven. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 6 (1975), S. 530-565

- Schuman, Howard/Presser, Stanley: Questions and Answers in Attitude Surveys. New York: Academic Press, 1981
- Simon, Herbert A.: Bandwagon and Underdog Effects. In: Simon, Herbert A. (ed.): Models of Man: Social and Rational. New York: Wiley, 1957, S. 79-87
- Stöss, Richard: Stabilität im Umbruch. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997
- Traugott, Michael W./Katosh, John P.: Response Validity in Surveys of Voting Behavior. In: Public Opinion Quarterly 43 (1979), S. 359-377
- Urban, Dieter: Logit-Analyse. Stuttgart: G. Fischer, 1993
- Weir, Blair T.: The Distortion of Voter Recall. In: American Journal of Political Science 19 (1975), S. 53-62
- Zelle, Carsten: Der Wechselwähler. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995a
- Zelle, Carsten: Social dealignment versus political frustration: Contrasting explanations of the floating vote in Germany. In: European Journal of Political Research 27 (1995b), S. 319-345
- Zelle, Carsten: Steigt die Zahl der Wechselwähler? Trends des Wahlverhaltens und der Parteiidentifikation. In: Rattinger, Hans/Gabriel, Oscar W./Jagodzinski, Wolfgang (Hrsg.): Wahlen und politische Einstellungen im vereinigten Deutschland. Frankfurt/Main: Peter Lang, 2. Auflage 1996, S. 47-92
- Zelle, Carsten: Modernisierung, Personalisierung, Unzufriedenheit: Erklärungsversuche der Wechselwahl bei der Bundestagswahl 1994. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998, S. 221-257

Anhang: Codierung der in der Logitanalyse verwendeten unabhängigen Variablen

Formale Bildung: 1: Hauptschule; 2: Mittlere Reife; 3: mindestens Abitur.

Politisches Interesse: 1: überhaupt nicht; 2: weniger stark; 3: mittelmäßig; 4: ziemlich stark; 5: sehr stark.

Politische Kenntnisse: 0: Befragter kennt relative Bedeutung von Erst- und Zweitstimme nicht; 1: Befragter kennt relative Bedeutung von Erst- und Zweitstimme nicht.

Parteiidentifikation: 0: Befragter identifiziert sich mit keiner Partei; 1: Befragter identifiziert sich mit einer Partei.

Wahlbeteiligung ist Pflicht jedes Bürgers (Wahlpflicht): 1: stimme überhaupt nicht zu; 2: stimme eher nicht zu; 3: stimme teils zu/teils nicht zu; 4: stimme eher zu; 5: stimme voll und ganz zu.

Kann wichtige politische Fragen gut verstehen: 1: stimme überhaupt nicht zu; 2: stimme eher nicht zu; 3: stimme teils zu/teils nicht zu; 4: stimme eher zu; 5: stimme voll und ganz zu.

Bürger haben kaum Einflußmöglichkeiten auf Politik: 1: stimme überhaupt nicht zu; 2: stimme eher nicht zu; 3: stimme teils zu/teils nicht zu; 4: stimme eher zu; 5: stimme voll und ganz zu.

Wiederbefragungsbereitschaft: 1: nein; 2: ja.

Tabelle 1: Wechselwahl bei der Bundestagswahl 1998 nach der Art des Erhebungsinstruments (in Prozent)

	Recall	Panel	N
West	20,9	31,0	511
Ost	30,5 c	41,0 c	694

Soweit nicht anders vermerkt, sind West-Ost-Differenzen statistisch insignifikant; Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Tabelle 2: Wechselwahl 1998 – gruppiert nach der Art des Wechsels und dem Erhebungsinstrument (in Prozent)

	Recall		Panel	
	West	Ost	West	Ost
Wechselwahl	20,9	30,5	31,0 c	41,0 c
darunter:				
Zwischen Lagern	8,2	13,5	18,3 c	15,6
- Regierung ### Opposition	7,0	12,3	10,4	9,6
- Opposition ### Regierung	1,2	1,2	8,0 c	6,0 c
Lagerintern	8,5	4,7	8,9	6,0
- Regierungsintern	3,8	1,2	3,0	1,5
- Oppositionsintern	4,7	3,5	5,9	4,5
Rest	4,3	12,3	3,8	19,4 c
N	511	694	511	694

Soweit nicht anders vermerkt, sind Recall-Panel-Differenzen statistisch insignifikant; Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$. Als „Regierung“ gelten CDU, CSU und FDP, als „Opposition“ SPD und B'90/Grüne.

Tabelle 3: Von 100 westdeutschen Wählern der jeweiligen Partei im Jahre 1994 stimmten 1998 für folgende Partei – Recall- und Panelangaben

Wahl 1994		Wahl 1998					N
		CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Andere	
CDU/CSU	R	81	12	5	1	1	217
	P	73 a	20 a	4	1	2	205
SPD	R	1	87	2	8	3	204
	P	12 c	74 c	4	8	3	209
FDP	R	28	13	39	13	7	31
	P	29	35	26	8	2	24
B90/Grüne	R	2	18	-	79	1	45
	P	10	22	4	63	1	63
Andere	R	10	37	0	22	31	14
	P	26	21	9	6	37	10

Soweit nicht anders vermerkt, sind Recall-Panel-Differenzen statistisch insignifikant; Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Tabelle 4: Von 100 ostdeutschen Wählern der jeweiligen Partei im Jahre 1994 stimmten 1998 für folgende Partei – Recall- und Panelangaben

Wahl 1994		Wahl 1998					N	
		CDU	SPD	FDP	B90/Grüne	PDS		Andere
CDU	R	59	27	3	1	2	7	292
	P	60	23	4	4a	4	5	225
SPD	R	2	78	0	6	10	4	218
	P	10c	67b	2	6	11	5	242
FDP	R	4	11	74	-	-	11	12
	P	11	41	24a	-	5	19	14
B90/Grüne	R	5	28	7	56	4	-	37
	P	22a	35	6	29a	3	4	50
PDS	R	1	13	-	2	81	4	125
	P	5a	25a	-	3	61c	6	151
Andere	R	14	-	-	6	-	80	10
	P	17	33a	5	-	18	27a	12

Soweit nicht anders vermerkt, sind Recall-Panel-Differenzen statistisch insignifikant; Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Tabelle 5: Von 100 westdeutschen Wählern der jeweiligen Partei im Jahre 1998 stimmten 1994 für folgende Partei – Recall- und Panelangaben

Wahl 1998		Wahl 1994					N
		CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Andere	
CDU/CSU	R	93	1	5	0	1	189
	P	79 c	13 c	4	3 a	1	189
SPD	R	12	80	2	4	2	221
	P	19 a	70 a	4	6	1	221
FDP	R	40	14	46	-	-	26
	P	32	30	24	10	4	26
B90/Grüne	R	2	26	7	60	5	59
	P	2	27	3	67	1	59
Andere	R	15	40	13	4	28	16
	P	28	42	3	4	23	16

Soweit nicht anders vermerkt, sind Recall-Panel-Differenzen statistisch insignifikant; Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Tabelle 6: Von 100 ostdeutschen Wählern der jeweiligen Partei im Jahre 1998 stimmten 1994 für folgende Partei – Recall- und Paneldaten

Wahl 1998		Wahl 1994					N	
		CDU	SPD	FDP	B90/Grüne	PDS		Andere
CDU	R	96	2	0	1	0	1	182
	P	75c	13c	1	6b	4a	1	182
SPD	R	29	61	0	4	6	-	279
	P	18b	58	2	6	13b	1	279
FDP	R	40	3	45	13	-	-	20
	P	44	21	17	16	-	3	20
B90/Grüne	R	10	32	-	50	6	1	42
	P	23	32	-	35	9	-	42
PDS	R	5	16	-	1	77	-	131
	P	6	20	0	1	70	2	131
Andere	R	48	19	3	-	11	19	41
	P	29	28	7	5	23	8	41

Soweit nicht anders vermerkt, sind Recall-Panel-Differenzen statistisch insignifikant; Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$; b: $p < 0,01$; c: $p < 0,001$.

Tabelle 7: Anteil der zwischen Recall und Panel abweichenden Angaben zur Wahlentscheidung 1994, aufgeschlüsselt nach der Art der verschwiegenen und angegebenen Wechselsmuster (in Prozent aller Recall-Panel-Muster)

	West	Ost
Falschangaben	29,3	32,2
darunter:		
Wechsel → Stabilität	17,5	17,6
Wechsel → Wechsel	4,3	7,5 a
Stabilität → Wechsel	7,4	7,1
N	511	694

Soweit nicht anders vermerkt, sind die West-Ost-Differenzen statistisch insignifikant. Signifikanzniveaus: a: $p < 0,05$, b: $p < 0,01$, c: $p < 0,001$.

Tabelle 8: Vergleich der Angaben zum Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1994 in der ersten Panelwelle und im Recall (Westdeutschland; Zeilenprozente)

1.Welle 1994	Recall Wahl 1994					N
	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	Andere	
CDU/CSU	79	13	4	2	2	205
SPD	17	75	3	3	2	208
FDP	46	17	38	-	-	24
B90/Grüne	11	22	6	54	6	63
Andere	27	27	27	9	9	11

Tabelle 9: Vergleich der Angaben zum Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 1994 in der ersten Panelwelle und im Recall (Ostdeutschland; Zeilenprozente)

1.Welle 1994	Recall Wahl 1994					N	
	CDU	SPD	FDP	B90/Grüne	PDS		Andere
CDU	85	9	1	1	2	1	225
SPD	27	64	2	2	6	-	241
FDP	29	36	29	-	-	7	14
B90/Grüne	24	28	2	43	2	2	51
PDS	11	16	-	3	66	3	151
Andere	33	8	-	25	33	-	12

Tabelle 10: Multivariate Analyse der Gründe für Recallfalschangaben (Logit-Schätzungen, in Klammern Standardfehler)

	Sämtliche Falschangaben		Konsistenz- erzeugende Falschangaben		Restliche Falschangaben	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Alter	,02 (,04)	,00 (,04)	,01 (,05)	-,06 (,05)	,08 (,08)	,13a (,06)
Alter quadriert	-,00 (,00)	-,00 (,00)	-,00 (,00)	,00 (,00)	-,00 (,00)	-,00a (,00)
Bildung	,03 (,15)	-,32a (,13)	-,09 (,18)	-,31 (,17)	,25 (,23)	-,39a (,19)
Politisches Interesse	-,38b (,13)	-,13 (,11)	-,56c (,16)	-,15 (,13)	-,07 (,20)	-,11 (,14)
Politische Kenntnisse	,26 (,21)	-,45a (,18)	,09 (,26)	-,44a (,22)	,71a (,33)	-,42 (,25)
Parteiidentifikation	-,78b (,28)	-,54b (,20)	-,09 (,40)	,03 (,27)	-1,56c (,35)	-1,15c (,26)
Wahlpflicht	,07 (,16)	,04 (,09)	,11 (,21)	,20 (,12)	,00 (,23)	-,12 (,11)
Kann politische Fragen gut verstehen	,09 (,12)	-,06 (,11)	,24 (,14)	-,22 (,13)	-,11 (,17)	,17 (,15)
Bürger haben kaum Einfluß auf Politik	-,03 (,09)	,19a (,08)	-,16 (,11)	,17 (,10)	,15 (,14)	,20 (,12)
Wiederbefragungs- bereitschaft	,09 (,30)	-,84b (,30)	-,03 (,35)	-,51 (,36)	,26 (,46)	-1,36c (,39)
Konstante	-,35 (1,46)	2,55a (1,16)	-,61 (1,77)	2,18 (1,43)	-3,55 (2,27)	,19 (1,66)
N	504	687	450	589	411	574
-2 Log-Likelihood	585,2	848,3	430,3	583,2	320,5	524,5
Modell-Chi ²	20,4a	65,0c	15,9	30,6c	33,6c	81,0c
Devianzreduktion (%)	3,5	7,7	3,7	5,2	10,5	15,4
Korrekt Prognosen (%)	71,1	70,7	79,9	80,0	86,0	83,4

Soweit nicht anders vermerkt, sind die Koeffizienten statistisch insignifikant; Signifikanzniveaus: a: p<0,05, b: p<0,01, c: p<0,001.